



## Refugees Initiative Schwäbisch Gmünd

Isolationslager für geflüchtete Menschen  
Oberbettringer Straße 176  
73525 Schwäbisch Gmünd

Ministerpräsident Winfried Kretschmann  
Staatsministerium Baden-Württemberg  
Villa Reitzenstein  
Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart

Fax ☎ : +49 711 2153-340

Mail ✉ : [poststelle@stm.bwl.de](mailto:poststelle@stm.bwl.de)

Schwäbisch Gmünd, den 24. Februar 2015

Betreff: Anhaltende repressive Strafverfolgung wegen zivilen Ungehorsams gegen die sog. „Residenzpflicht“

Herr Ministerpräsident...

Wir sind Flüchtlinge und politische Aktivisten aus verschiedenen Ländern (Nigeria, Kamerun, Afghanistan) und werden seit mehreren Jahren genötigt, im Isolationslager Schwäbisch Gmünd zu leben – zumindest so lange unsere Asylverfahren noch beim BAMF Karlsruhe „bearbeitet“ werden.

Wir möchten Sie hiermit über unsere bald anzutretenden Haftstrafen informieren. Die Staatsanwaltschaft Ellwangen (Strafvollstreckungs- und Gnadenabteilung) hat uns diese Erziehungshaftstrafe – trotz der angeblich nicht mehr geltenden „Residenzpflicht“ – nach Gerichtsentscheid durch das Amtsgericht Schwäbisch Gmünd auferlegt. Wir fordern eine sofortige Intervention bei den verantwortlichen Verwaltungsbehörden und Strafverfolgungsorganen gemäß Grundgesetz Artikel 17, um eine anhaltende Kriminalisierung sowie weitere Anklagen und Strafverfolgung wegen der abgeschafften Residenzpflicht zu verhindern, indem die Haftstrafen gegen uns und andere Betroffene widerrufen bzw. fallengelassen werden.

Am 17. April 2014 reisten wir von Schwäbisch Gmünd mit dem Zug nach Jena, um an einem politischen Workshop zu selbstorganisiertem Widerstand gegen staatliche Menschenrechtsverletzungen teilzunehmen, welcher von 'The VOICE Refugee Forum' organisiert wurde. Auf unserem Weg dorthin wurden wir im Zug von zwei Polizeibeamten der Bundespolizei nach rassistischen Kriterien kontrolliert. Diese setzten uns über die Verletzung der sog. „Residenzpflicht“ in Kenntnis, konnten aber keine Angaben zum Strafmaß machen, da dieses in die Verantwortung der Behörden der Stadt Schwäbisch Gmünd fallen würde.

Im Juni 2014 erreichten uns Bußgeldbescheide der Stadt Schwäbisch Gmünd. In diesen wurden wir aufgefordert jeweils 103 Euro und 50 Cents (inklusive Gebühren und Auslagen) zu bezahlen. Als Grund wurden jeweils Verstöße gegen die damals exklusiv in Deutschland geltende „Residenzpflicht“ angegeben. Wir weigern uns aus ganz prinzipiellen Gründen, dieser Zahlungsaufforderung Folge zu leisten, da sie eine klare Verletzung unserer Grundrechte auf Selbstbestimmung, Bewegungsfreiheit und politischer Betätigung darstellt, die entsprechend der Artikel 1 (Absätze 2 und 3), 2, 3 (Absätze 1 und 3) und 19 (Absatz 2) des Grundgesetzes verfassungsmäßig festgeschrieben sind und sich darüber hinaus auch durch die Ratifizierungen der Internationalen und Europäischen Menschenrechtskonventionen ergeben.

Unsere Beweggründe und eine Forderung die Anklage fallen zu lassen, haben wir in einer öffentlichen Erklärung an die Stadtverwaltung und Behörden in Schwäbisch Gmünd dargelegt (<https://de-de.facebook.com/refugeesinitiative/posts/633210956792039> – s. Anlage). Das Verfahren wurde jedoch ohne Antwort weiter fortgeführt und wir weiterhin vor die Wahl gestellt, entweder Strafe für unser Grundrecht auf Bewegungsfreiheit zu bezahlen oder uns genau diese komplett nehmen zu lassen und so lange ins Gefängnis zu gehen, bis wir dann doch bereit sein könnten, zu bezahlen. Das können für uns keine Alternativen sein.

Wir haben die konsequente Weiterführung des Verfahrens nun miterlebt: Die konstante Erhöhung der zu leistenden Strafzahlungen bis hin zur Aufforderung uns in Ellwangen zu einer dreitägigen Erzwingungshaftstrafe zu melden, da wir die Strafe nicht gezahlt haben. Diese drei Tage Haft zählen aber nicht zur Begleichung der Strafe!

Wir unterstreichen unseren Standpunkt, dass wir keinem Gesetz Folge leisten werden, dass uns in unseren Grundrechten einschränkt! Darüber hinaus machen wir Sie darauf aufmerksam, dass die entsprechenden, aktuellen Änderungen des Asylverfahrensgesetzes auch nicht etwa durch den „guten Willen“ des Gesetzgebers oder gar „freiwillige“ politische Einsicht zustande kam, sondern vielmehr auf den vielfach geleisteten, konsequenten, zivilen und legalen Ungehorsam von betroffenen Aktivisten auf allen politischen und juristischen Ebenen zurückzuführen ist.

Bereits vor der (ausdrücklich nur teilweisen!) „Abschaffung der Residenzpflicht“ in Deutschland sahen wir eben dieses Gesetz als ein Apartheid-Gesetz zur systematischen Isolierung von geflüchteten Menschen aus der deutschen Zivilgesellschaft an.

Wir haben dazu in der o.g. Erklärung veröffentlicht, dass wir für unser Recht auf Bewegungsfreiheit nicht zahlen werden – und übrigens auch gar nicht können. Wir sind sehr wütend darüber, dass wir uns auch weiterhin einer Strafverfolgung ausgesetzt sehen müssen, nur weil wir von unserem Recht auf Bewegungsfreiheit Gebrauch gemacht haben.

Gerade Sie, Herr Kretschmann, haben ja Ihre Zustimmung zur – in Ihrer eigenen Partei höchst umstrittenen – „Asylrechtsreform“ u.a. explizit mit der „Abschaffung der Residenzpflicht“ begründet! Speziell vor dem Hintergrund der „substantiellen“ Begründung Ihrer Kompromissbereitschaft bezüglich der bereits im Regierungsprogramm der Großen Koalition angekündigten „Asylrechtsreform“ ist es eine Schande, dass Menschen in Ihrem eigenen Bundesland selbst nach Inkrafttreten der entsprechenden Gesetzesänderungen noch immer mit uneinsichtiger Härte bis hin zur Erzwingungshaft verfolgt und kriminalisiert werden!

Unsere Entscheidung, nicht für unser Recht auf Bewegungsfreiheit, für unsere politischen Überzeugungen und unsere Menschenwürde bezahlen zu wollen, ist eine Gewissensentscheidung, die nicht verhandelbar ist. Wie stehen Sie zu Ihren Entscheidungen, Herr Kretschmann?

In der Anlage haben wir uns erlaubt, die beteiligten Verantwortungsträger aufzulisten. Den dort gelisteten Behörden und Amtsträgern wird dieses Schreiben in Kopie zugestellt werden.

Mit ungebrochen freiheitsliebenden Grüßen

Paul Akhamiojie  
Leke Aremu  
Ahmad Haidari  
Stanley Inegbenosa  
Farooq Khan  
Frankline Ndam  
James Ogoloma  
Efe Omorogbe  
Raphael Paul  
Ernest Uwaila

Anlagen:

Erklärung vom 21.08.2014: „Die Stadt Schwäbisch Gmünd droht Flüchtlingsaktivisten wegen Residenzpflichtsverletzung mit Haft“

beteiligte Verantwortungsträger, Behörden und Institutionen

**Refugees Initiative Schwäbisch Gmünd**

Isolation Lager for Refugees  
Oberbettringer Straße 176  
73525 Schwäbisch Gmünd

Minister President Winfried Kretschmann  
State Ministry of Baden-Württemberg  
Villa Reitzenstein  
Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart

Fax ☎ : +49 711 2153-340

Mail ✉ : [poststelle@stm.bwl.de](mailto:poststelle@stm.bwl.de)

Schwäbisch Gmünd, February 24<sup>th</sup> 2015

Subject: Persistent repressive prosecution for civil disobedience against the so-called "residence obligation".

Mr. Prime Minister ...

We are refugees and political activists from different countries (Nigeria, Cameroon, Afghanistan) and be forced for several years to live in isolation stock Schwäbisch Gmünd - at least as long as our asylum procedure is still "elaborated on" with the BAMF Karlsruhe.

We would like to inform you about our soon to passing sentences. The Ellwangen prosecution office (Enforcement- and Amnesty Department) summoned us for coercive detention due to fine and charges, imposed after court order by the District Court Schwäbisch Gmünd – despite the supposedly "suspension" of residence obligation matters. We demand for your immediate intervention against the responsible authorities and law enforcement agencies in accordance with the Basic Law Article 17 as to prevent a continuing criminalization, further charges and prosecution due to the abolished "Residenzpflicht" by examining the prison sentences against us and other interested parties to be withdrawn or dropped.

On April 17, 2014, we traveled by train from Schwäbisch Gmünd to Jena as to attend a workshop on self-organized political resistance against state violations of human rights, which was organized by 'The VOICE Refugee Forum'. On our way there we were checked in train by two police officers of the Federal Police on racial criteria. They put us in knowledge on the violation of the so-called "Residency Obligation", but could not provide information on the penalties, as this should be the responsibility of the authorities of the city of Schwäbisch Gmünd.

In June 2014, we received fines imposed by the city of Schwäbisch Gmünd. In this we were asked to pay 103 € and 50 cents each (including fees and expenses). Violations against the then applicable "residence obligation" were quoted, which was exclusively imposed in Germany only. We refuse by principal reasons to make this payment request sequence, as it is a clear violation of our fundamental rights to self-determination, freedom of movement and political activity, according to the Articles 1 (paragraphs 2 and 3), 2, 3 (paragraphs 1 and 3 ) and 19 (paragraph 2) of the Basic Law enshrined constitutionally and also arise by the ratification of the International and European human rights conventions.

We have set out our motivations and a demand to drop the charges in a public letter to the city administration and authorities in Schwäbisch Gmünd (<https://de-de.facebook.com/refugeesinitiative/posts/633210956792039> – see attachment). The method, however, continued without specific answer. We are continuously given the only choices to either pay penalty for our basic right to freedom of movement or to let it be taken away totally by going to jail, until we might get willing to pay. These may be no alternatives for us.

We now have witnessed the consistent continuation of the process: The constant increase in the charges to be paid up to the prompt in Ellwangen to get back to a three-day coercive detention because we have not paid the

penalty yet. But these three days in prison do not count for any settlement of the punishment whatsoever!

We emphasize our position that we cannot acknowledge any law that restricts us in our fundamental rights! In addition, we would like to point out that the corresponding current changes of the Asylum Procedure Act also did not materialize as by the "good will" of the legislature or even "voluntary" political insight, but rather due to manifold, consistent, civil and legal disobedience of activists concerned at all political and legal levels.

Even before the (only partial!) "abolishment of Residenzpflicht" in Germany we have already seen this law as an Apartheid-law to systematically isolate refugees from the German civil society. We have this in the above-mentioned Published statement that we will not pay for our right to freedom of movement - and by the way cannot even afford. We are very upset that we need to continue to see us exposed to prosecution just because we have made use of our right to freedom of movement.

Especially you, Mr. Kretschmann, who gave your consent to - in your own party highly controversial - "Asylum Law Reform", justifying it explicitly with the "abolition of the Residency Obligation"! Especially in light of the "substantial" justification of your willingness to compromise in the "asylum reform", which was beforehand already announced in the government's program for the Grand Coalition, it's a shame that people are still being persecuted and criminalized with unrepentant hardness up to coercive detention in your own state, even after the relevant legislative changes have entered into force!

Our decision not to want to pay for our right to freedom of movement for our political beliefs and our human dignity, is a matter of conscience, which is non-negotiable.

How do you position yourself towards your very own decisions, Mr Kretschmann?

We established a list of the responsible authorities (see attachment). These authorities in charge of our administrative prosecution will receive a copy of this letter to you.

Yours undauntedly and freedom-loving

Paul Akhamiojie  
Leke Aremu  
Ahmad Haidari  
Stanley Inegbenosa  
Farooq Khan  
Frankline Ndam  
James Ogoloma  
Efe Omorogbe  
Raphael Paul  
Ernest Uwaila

Attachments:

Our Declaration from 21.08.2014: „Die Stadt Schwäbisch Gmünd droht Flüchtlingsaktivisten wegen Residenzpflichtsverletzung mit Haft“

List and contacts of responsible authorities involved